

Luzerner Tagblatt.

Abonnementpreise:
Durch die Post bezogen: 12. 80 Fr. 6. 40 Fr. 3. 40 Fr.
Für Enghem zum Bringen: 12. — „ 6. — „ 3. —
„ „ Abholen: 10. — „ 5. — „ 2. 50
Erscheint täglich mit Ausnahme des Montags.
Redaktions- und Expeditionsbureau: St. Jakobsvorstadt Nr. 12
Filiale der Expedition am Kornmarkt.

Vierzigster Jahrgang.

Nr. 249.

Insertionspreise:
Der Platz und dessen Größe und die Anzahl der Zeilen.
Die einspaltige Zeile oder deren Raum: 10 Gd.
Wiederholungen: 8 „
Für die dritte Spalte und die Anzahl:
Die einspaltige Zeile oder deren Raum 15 Gd., Wiederholungen 10 Gd.
Preis der Retraite-Zeile (Petit-Éclair): 50 Cts.
Insertat-Aufnahme (größere bis 9 Uhr, kleinere bis 10 1/2 Uhr) in der
Expeditions-Bureau: St. Jakobsvorstadt und Filiale Kornmarkt.

Samstag,

Gratts-Beflagen

**„Saben Freitag die demokratische Zeitschrift, „Wöchentliche Unterhaltungen“
Alle stehenden Tage das „Haus- und Hofblatt“, „Gemeinnützige Blätter.“**

Gratts-Beflagen

24. Oktober 1891.

Erstes Blatt.

Geschichtskalender.

1648. Oktober 21. Durch den schweizerischen Frieden wird die Unabhängigkeit der Schweiz anerkannt.
1814. Oktober 21. Mit 70 gegen 21 Stimmen beschließt der Luzernerische Große Rath die Verfassung der Kantone.

Bismarck's Rücktritt im Lichte der Geschichte.

In der Zeit politischer Ruhe, welche nach den turbulenten Ereignissen in Konstantinopel in Deutschland eintrat, vernünftige die deutsche Presse sich damit, zum wiederholten Male die Vorgänge, welche bei Anlaß der Entlassung Bismarck's sich abspielten, auszugraben und zu besprechen. Den Anlaß boten wiederholte neue Auslassungen der „Hamburger Nachrichten“, welche immer und immer wieder auf das Schema zurückkommen, unter dunklen Andeutungen, welche Verantwortlichkeit dem Kaiser übernahmen hätten, welche den Grund des Reiches zum Niedertreten zwingen.

Das kaiserliche Handschreiben vom 20. März 1890 verurteilt die Entlassung des Fürsten Bismarck von allen seinen Ämtern und betont: „Die von Ihnen für Ihren Entschluß angeführten Gründe überzeugen mich, daß mehrere Versuche, Sie zur Zurücknahme Ihres Antrages (auf Entlassung) zu bestimmen, keine Aussicht auf Erfolg haben.“ Dem gegenüber aber hat Fürst Bismarck nicht abgesehen, zu behaupten, er habe wider seinen Willen aus dem Amte scheiden müssen. Er habe schon am 17. März die Aufforderung zum Rücktritt erhalten, und diese sei noch dem gleichen Tages abgelehnt worden, worauf der Kaiser wiederholt worden. Die beiden Variationen lassen sich nicht mit einander vereinigen.

Das Hamburger Organ knüpft an die letztere, von ihm gegebene Darstellung interessante Ausführungen über die Verantwortlichkeitsfrage an. Mit der Anerkennung in der Zeitung der deutschen Politik seien Schädigungen der Verfassung verbunden gewesen; aber Fürst Bismarck sei nicht geneigt, die Verantwortung dafür zu übernehmen, nachdem er in der letzten Periode seiner Amtstätigkeit die Überzeugung gewonnen habe, daß mit den nachdenklichen Schwierigkeiten seiner Stellung auch die Gründe stärker würden, welche ihm das Verbleiben in derselben unter Überwindung jeder persönlichen Empfindlichkeit als durch die Ehre geboten erschienen ließen.

In dem Kampfe zwischen Willkür und dem Gesetz, berechtigt die Kränkung, welche die höhere Entlassung des Kaisers mit Unterstützung begrüßt haben, ihr aber auch das Recht einnehmen, Verantwortlichkeiten von sich abzuwälzen, welche ihm nicht zufallen. Nach Art. 17 der Reichsverfassung übernehme für die Anordnungen des Monarchen der Kanzler durch Gegenzeichnung die Verantwortung. Der Wechsel in der Leitung der deutschen und preussischen Politik dürfte eine der wichtigsten kaiserlichen Anordnungen sein, welche in der neuesten Zeit stattgefunden haben, und die Frage, wer die Verantwortung dafür trägt, sei für das Land und dessen Verrückung von Interesse. Nach dem Sinne der Verfassung könne man annehmen, daß, wenn auch nicht ausdrücklich, so doch in erster Linie an die Verantwortlichkeit gegenüber den parlamentarischen Körperschaften gedacht worden ist, und wenn diese richtig sei, so würden vor allen Dingen der Reichstag und der preussische Landtag benannt sein, auf welche sie zu erfahren, wo die Verantwortlichkeit für diesen tief einschneidenden Kabinettswechsel liege, ob bei dem abtretenden Kanzler oder bei seinem Nachfolger. Ersteren treffe sie, wenn sein Rücktritt freiwillig war, im andern Falle aber seinen Nachfolger. Die bevorstehenden Reichstagsverhandlungen würden über diese Frage Aufklärung liefern und jede weitere Entschleunigung unnötig machen.

Darnach sollte man meinen, daß Bismarck im Reichstage eine solche Auseinandersetzung selbst zu provoziert gedenke. Was soll aber dabei herauskommen? Bismarck, jetzt eine Herrenfigur, wird vielleicht eine persönliche Genugthuung erhalten, aber sein Name wird eine schwere Schädigung erleiden. Der innere Grund des Rücktritts Bismarck's liegt ja fest: Kaiser Wilhelm II. wollte auf den Gang der Reichs- und Staatsangelegenheiten eine so maßgebende Einwirkung üben, daß damit eine Stellung, wie Fürst Bismarck sie im letzten Jahrzehnt Wilhelm's I. bekleidet hatte, unvereinbar war; und da der frühere Kanzler auf seine weitestgehende Modifikation dieser Stellung eingehen wollte, so war der Bruch unvermeidlich. Neben diesem allein wichtigen Sachverhalt sind die Einzelheiten, in denen der Konflikt zum Ausdruck kam, von untergeordneter Bedeutung, und der immer erneute Streit darum ist grundlos.

Unter diesen Verhältnissen war es für Bismarck durchaus keine Unethik, von der Leitung der Staatsgeschäfte zurückzutreten; im Gegenteil. Er sollte die Verantwortlichkeit tragen für Dinge, die ihm mißfielen, für Vorsetzungen, die seiner bisherigen Politik widerstanden: daß er lieber die Fingel nicht verlegte, als so sich erniedrigen, ist klar. Es dürfte auch sicher sein, daß Bismarck, auf welchen sehr die Verantwortung ruht, so leicht nicht davon tragen werden. Man erinnere sich an das kaiserliche unterzeichnete Launen: die kriegsfähige Flotte in Ostsee — die Aufhebung des Patents; die vierzig Millionen Deutsche „auf der Straße“ — die Arbeitererregung; alles Dinge, die einen sehr regen, aber auch unberechenbaren Geist beweisen.

Aber das ist sicher, und das müssen die Bemerkungen des großen Kanzlers vor allem wünschen: daß er seinen Kampf gegen den Kaiser aufhebe. Mehr als nicht der Monarch und das monarchische Bewußtsein hält an diesem fest. Der weitere Krieg kann nur den Ruhmehrschmerz verdunkeln, der Bismarck's Namen in den Augen seiner Verehrer umstrahlt.

Wir Schweizer haben Bismarck keine Ehrfurcht nachzuerkennen — im Gegenteil. Er war zwar nicht schlimmer als Napoleon III., der immer als Freund der Schweiz galt, aber 1856 die Preußen unter gewissen Bedingungen ganz gern hätte durch das Elß marschieren lassen, um das „Demokratentum“, wie er die Schweiz nannte, auszuheilen zu lassen. Vor dem Wohlgegnen Bismarck hatte Bismarck viele Freunde und Bewunderer in der Schweiz — ihre Sympathien verloren sich nach jenem unethischen, aber rassistischen Fehlschlag.

Aber als historische Größe darf ihn auch der Republikaner anerkennen. Der deutsche Kaiser scheint von einem ähnlichen Grundgedanken auszugehen. Wiederholt wurde er aus Kreisen seiner nächsten Umgebung angegangen, auf die nicht aufhörenden persönlichen Angriffe, hinter denen man als Inspirator den Fürsten Bismarck selbst und als Dedektor den Grafen Herbert Bismarck wolle, zu antworten. Er antwortete darauf einmal: „Das werde er nicht thun. Dieser warde er Angriffe erdulden, als den Fürsten Bismarck mit den in seinem Besitz befindlichen Waffen bekämpfen; denn die Heldensität dieses Mannes sei ein zu kostbares ethisches Gut des deutschen Volkes, als daß der Kaiser Hand daran legen möchte.“

Vielleicht läßt es Bismarck nicht auf's Aeußerste kommen: gefahrlos es, so müßten die Evidenzen im Reichstag von eminenter Interesse sein.

Eidgenossenschaft.

— **Alte Reichstagsabstimmung.** Nimmere werden offiziell als bestimmtes Merkmal der Abstimmung folgende Zahlen angegeben: Bundesmonopol 230,103 Ja, 157,853 Nein; Sozialist 218,636 Ja, 159,072 Nein.

— **Eisenbahngesetz.** Das Eisenbahndepartement hat, wie bereits gemeldet, den Eisenbahnen eine Reihe neuer Vorschriften gegeben. In erster Linie wurde verfügt, daß Wagenbewegungen ohne Maschine nur auf Strecken mit höchstens 6000 Weiden und darunter gestattet sein sollen; wo diese Regel nicht ausreichen sollte, gemindert das Departement die Abweichung den Anträgen der Reichsräte; die dabei verwendeten Wagen müssen mit Schrauben-Bremsen versehen und von einer genügenden Anzahl von Angestellten begleitet sein, um alle Bremsen bedienen und die allfälligen Hindernisse für den Verkehr vorzuziehen zu können.

Das Departement macht ferner darauf aufmerksam, daß die vielen Vertriebsstörungen und wiederholten Unfälle, welche auf verkehrte Materiallage zurückzuführen werden müssen, in der Aufsicht der für die letzten bestehenden parlamentarischen Vorschriften ihren ersten Grund haben dürften, und verlangt diebaldigste strenge Beobachtung des Fahrplankriegs vom 1. November 1890.

Auf die Gefahr des Auf- und Abfahrens auf und von fahrenden Zügen wird von Departement neuerdings aufmerksam gemacht. Abgesehen von den zahlreichen Unfällen, die sich vom Wagnis durch das Auf- und Abfahren ereignen, sind im laufenden Jahre bei fahrenden Zügen 5 Reisende und 3 Bahnbedienstete getötet, 8 Reisende und 5 Bahnbedienstete verletzt worden. Von den größten Gefährlichkeiten ist es einzig die Gatterbahnen, bei welcher keine solchen Unfälle vorkommen. Zur Abhilfe dieses Unfalls empfiehlt das Eisenbahndepartement, jedes Auf- und Abfahren von einem fahrenden Züge durch das Personal mit Wägen zu begleiten.

Endlich bricht das Departement den Eisenbahngesetz die Vorschriften über die Befahrung der Wagen und Material in Erinnerung und verlangt, daß vor allem die Wagen, welche in den direkten Zügen lauten, die mit Wagen verschiedener Vermaltungen gefahrt werden, mit Dampfheizung ausgerüstet werden.

— **Δ Viehverkehr.** Das schweizer Landwirtschafts-Departement erklärt, daß das Einfuhrverbot gegenüber Österreich und Lütkenstein erst aufgehoben worden sei, nachdem zahlreiche Gesuche um Einfuhrbewilligungen aus österreichischen Gegenden, namentlich für sogenanntes Stroh oder Wintergras, seitens der armen Landwirthe, eingekommen waren und nachdem die österreichische Regierung und der Landesverwalter von Vösten in die Freigabe der Viehfahrt aus Vorarlberg und den Bezirken Landeck, Zelt und Monte verlangt hatten unter Berufung darauf, diese Gegenden seien feuchtwarm, welche Angabe mit dem offiziellen Gesundheitsamt übereinstimme. Die Einfuhr sei unter schädlichen Bedingungen und im Einverständnis mit den Behörden von St. Gallen und Appenzell gestattet worden.

„Seither ist“ — so heißt es in der fraglichen Rundgebung des Landwirtschaftsdepartements — „allerdings von den Mänteln in Begrenzung und Abgrenzung vertrieben, was an die Grenze und mit dem Antragsstoff der Maul- und Klauenseuche: b. h. in der Kanton St. Gallen und Appenzell gebracht worden. Aber auf die erste Anfrage seitens der Sanitätsbehörde von St. Gallen wurde das bundesrätliche Einfuhrverbot vom 10. März wieder in Kraft erklärt.“

„Es ist bekannt, daß Bismarck mehr als das schweizer Landwirtschaftsdepartement bedauert, wenn Schweizerbürger Vieh aus dem Ausland beziehen und dadurch die Gesundheit und die Qualität unseres Viehstandes schädigen, während in der Nähe der österreichischen Grenze die Farmer, die St. Galler Dörfler und die Graubündner gezwungen sind, bessere Erzeugnisse ihrer Viehzucht nach Bayern und Italien zu verkaufen.“

— **Handelsvertragsunterhandlungen.** Das offizielle Wiener „Freundenblatt“ meint bezüglich der Unterhandlungen zwischen der Schweiz einerseits und Deutschland und Österreich andererseits, nach Annahme des schweizer, Zolltarifs in der Vereinbarabstimmung werde es wohl möglich werden, den Vertragsabschluss zu erreichen. Aber die Schweizer Delegierten müßten sich darüber klar geworden sein, daß einerseits unter einer gewissen Grenze von Konzessionen weder die österreichisch-ungarischen, noch die deutschen Delegierten herabzugeben vermögen, und daß andererseits für die wirtschaftliche Lage der Schweiz große Schwierigkeiten entstehen würden, wenn so bedeutende wirtschaftliche Gebiete, wie jene der genannten Staaten, im Vereine mit Italien ohne geregelte handelspolitische Beziehungen mit der Schweiz bestehen würden.

— **Die lateinische Münzunion** soll, wie der „Pol. Corr.“ geschrieben wird, in diesem Jahre von keinem State geschildet werden, so daß der Vertrag hinsichtlich auf ein weiteres Jahr verlängert wäre.

— **Die Positionenabstimmung III** hat, wie aus Thun berichtet wird, die englische Arbeitszeit seit Anfang des Jahres einmüßig um fünf bis acht ganz gut: 1/6 Uhr Tagewache, 6—7 Uhr Arbeit, 7—8 Uhr Frühstück, 8 Uhr Vormittag bis 4 Uhr Nachmittags Felddienst, 4—1/2 Uhr Abendst. 5 Uhr Nachmittags und Nachher frei bis zum Eintritt (1/210 Uhr).

— **Verkehrswesen.** Der Verkehrsminister hat die Anlage der Waadtänder Kantonalbank: „Es ist statthaft, dem Verkehrsminister die Forderungsmittel einzuwenden und daselbst in denjenigen, die Verwaltung ohne weiteres Begehren zu Ende zu führen“ nicht erledigt, da verschiedene Anträge vertreten waren. Es ist klar, daß ohne weiteres Begehren eine Verwaltung nicht zu Ende geführt werden kann. Freilich ist aber, in welchem Zeitpunkt die einzelnen Drogen geholt werden können, und hier gingen die Meinungen auseinander.

Luzern. Die (Simons) tritt die Delegierten-Versammlung des schweizer Grattvereins in unserer Stadt zusammen. Wie heißen sie von Herrn Wilmann, die Mannen der Arbeit, die nicht zu festlichem Gelage in unsern Mänteln sich vereinigen, sondern zu ernster Tagung über brennende Fragen sozialer und politischer Natur. Der Grattverein ist eine mächtige Organisation in unsern schweizerischen Staatswesen und hat bisher seinen Einfluß nicht anders als zum Wohle und Gedeihen unseres Vaterlandes erweisen. Vorwiegend der großen reformistischen Partei angehörend, ist sein Zweck und Ziel die Befreiung der arbeitenden Klassen, ein Verbleiben, in dem er sich mit demjenigen der liberalen Parteien trifft. Man hat bei der Seite an Seite mit den Fortschrittsparteien auf politischem Gebiet gekämpft, irgend bei uns im Kanton Luzern, trotz allen Lockungen und Strengungen; dafür verdient er die weitestgehende Unterstützung. Wir willkommenen ihn also als Patrioten und Vertreter reformistischer Ideen.

Das Traktandenverzeichnis der Delegierten-Versammlung ist außer rechtzeitig und ein solches, das nicht nur die Rechte des Grattvereins, sondern alle Volksinteressen interessiert. Im Vordergrund steht die Verstaatlichung der Eisenbahnen. Das Zentralkomitee ist dem Kauf